

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Verbände fordern Ausbau öffentlicher Beschäftigung

Deutscher Gewerkschaftsbund, Diakonisches Werk der EKD, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer Wohlfahrtsverband fordern einen Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung für Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf absehbare Zeit keine Chance haben. Öffentlich geförderte Beschäftigung ermögliche es diesen Personen, durch eigene Arbeit zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Verbände. Dies sei nicht nur ein Beitrag zur Armutsvermeidung, sondern auch zur aktiven sozialen Teilhabe an der Gesellschaft.

Die jetzige Förderung langzeitarbeitsloser Menschen durch Ein-Euro-Jobs biete für die Betroffenen keine längerfristige Perspektive. Notwendig seien stattdessen öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die vor allem in Gemeinwohl orientierten Bereichen geschaffen werden sollten. Dies sei nicht nur für die Betroffenen sinnvoller, sondern auch volkswirtschaftlich vernünftiger, als der alleinige Bezug von Arbeitslosengeld II.

Die Verbände betonen, die derzeitige Konjunkturbelebung gehe an Langzeitarbeitslosen vorbei, die aufgrund ihres Alters, gesundheitlicher Einschränkungen oder unzureichender Qualifikation schon seit Jahren vergeblich Arbeit suchen. Die bisherige Strategie des »Forderns und Förderns«, die lediglich auf eine schnelle Vermittlung in reguläre Jobs setze, laufe bei dieser Zielgruppe deshalb ins Leere.

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Erstmals vergleichbare Daten zu Armut in Europa

Das Statistische Bundesamt hat Ergebnisse aus der 2005 erstmals durchgeführten Statistik »Leben in Europa« zu Armut und sozialer Ausgrenzung für Deutschland vorgestellt. Danach waren in Deutschland im Jahr 2004 13 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet; das sind



etwa 10,6 Millionen Menschen, darunter 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren.

Die Armutsgefährdungsquote – das ist nach Definition der Europäischen Union der Anteil der Personen, der mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen muss – liegt in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) bei 17 Prozent, im früheren Bundesgebiet bei zwölf Prozent. Armutsrisiken seien vor allem Arbeitslosigkeit und fehlende Bildungsabschlüsse, so der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher. Über 40 Prozent der Arbeitslosen und jeweils ein Viertel der Personen ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung sind armutsgefährdet, aber nur fünf Prozent der Erwerbstätigen. Die neue Statistik wird seit dem Jahr 2005 in allen Ländern der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island erhoben. Sie bietet erstmals vergleichbare Daten zu Armut und Lebensbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten.

Ohne soziale Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kindergeld wäre fast ein Viertel (24%) der Bevölkerung armutsgefährdet. Dabei profitieren verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich von sozialen Transferleistungen: Bei Alleinerziehenden und Familien mit Kindern wird durch Sozialtransfers die Armutsgefährdungsquote jeweils fast halbiert. So sind Alleinerziehende vor Sozialtransfers zu 56 Prozent armutsgefährdet, nach Sozialtransfers noch zu 30 Prozent.

Als alarmierend hat der Paritätische Wohlfahrtsverband diese Zahlen zur Armutsentwicklung bezeichnet. Die Statistiker bestätigten eine besorgniserregende Zunahme der Armut in Deutschland, betonte Verbandsvorsitzende Barbara Stolterfoht. Leider hinke jedoch die Statistik

der Realität hinterher. Die Zahlen von 2004 berücksichtigten nicht, dass mit Hartz IV die Zahl armer Menschen noch gestiegen seien. Außerdem gebe es eine Vielzahl von Haushalten, die aufgrund ihres Einkommens zwar noch nicht als armutsgefährdet eingestuft würden, die es wegen Überschuldung aber faktisch seien. Nach Einschätzung des Paritätischen müsste die Quote daher mindestens um einen Prozentpunkt höher angesetzt werden.

Detaillierte Ergebnisse zu »Leben in Europa« enthält die Broschüre »Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus »Leben in Europa« für Deutschland 2005«, die mit umfangreichen Tabellen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes kostenlos abgerufen werden kann.

Internet <http://www.destatis.de> (Rubrik Presse – Presseveranstaltungen)

Existenzminimum für das Jahr 2008 auf 7.140 Euro festgelegt

Die Bundesregierung hat als steuerfreies »sächliches Existenzminimum« Alleinstehender für das Jahr 2008 den Betrag von 7.140 Euro errechnet. Bei Ehepaaren erhöht er sich auf 12.276 Euro, wie aus einem Bericht der Regierung über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008 (Bundestagsdrucksache 16/3265) hervorgeht. Das Existenzminimum für Kinder wird auf 3.648 Euro beziffert. Die entsprechenden steuerlichen Freibeträge betragen für Erwachsene 7.664 Euro, für Ehepaare 15.329 Euro und für Kinder 3.648 Euro.

Das Existenzminimum setzt sich den Angaben zufolge aus dem Regelsatz, den Kosten der Unterkunft und den Heizkosten zusammen. Für Alleinstehende werden als Regelsatz 4.140 Euro, als Unterkunftskosten 2.364 Euro und als Heizkosten 636 Euro genannt. Die entsprechenden Beträge für Ehepaare lauten 7.464 Euro als Regelsatz, 4.020 Euro für die Unterkunftskosten und 792 Euro für die Heizkosten. Bei Kindern beläuft sich der Regelsatz auf 2.676 Euro, während für die Unterkunftskosten 804 Euro und

für die Heizkosten 168 Euro angerechnet werden. Damit werde auch im Jahr 2008 den »verfassungsrechtlichen Anforderungen« an das steuerfrei zu stellende Existenzminimum von Erwachsenen und Kindern entsprochen, heißt es in dem Bericht, der von der Website des Deutschen Bundestages kostenlos abgerufen werden kann.

Internet <http://bundestag.de> (Rubrik Dokumente – Drucksachen)

Neue Statistik: Wohlfahrtsverbände als Job-Motor

Die 11. Gesamtstatistik der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege liegt vor und beleuchtet die Entwicklung der Sozialen Arbeit in den letzten Jahren. Ein Ergebnis: Die freie Wohlfahrtspflege ist ein Job-Motor. Mit insgesamt 1.414.937



hauptamtlichen Mitarbeitenden, davon 47 Prozent als Teilzeitarbeitskräfte, beschäftigen die Wohlfahrtsverbände knapp vier Prozent aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland. In kaum einer anderen Branche schlagen sich steigende Umsatzzahlen aufgrund der hohen Personalintensität sozialer Dienstleistungen so unmittelbar in zusätzlichen Arbeitsplätzen nieder. Die Daten zur Gesamtstatistik der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege werden in der Regel alle vier Jahre zusammengetragen. Stichtag des neuen Zahlenmaterials ist der 1. Januar 2004. Die Statistik kann als Papierversion kostenlos angefordert werden; sie steht auch auf der Website der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zum Herunterladen zur Verfügung.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24089-0, Fax 030 24089134, E-Mail info@bag-wohlfahrt.de, Internet <http://www.bagfw.de>

Arbeitshilfe zur geriatrischen Rehabilitation neu aufgelegt

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) hat ihre Arbeitshilfe für geriatrische Rehabilitation gründlich überarbeitet. Die Neuauflage berücksichtigt die Veränderungen und Weiterentwicklungen in der geriatrischen Versor-

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

<p>Zugänge zur Erwerbsarbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 7+8/1999</p> <p>Internet <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 9+10/1999</p> <p>National, sozial, global: Bilanz des Wohlfahrtsstaates und der Sozialen Arbeit am Ende des Jahrtausends <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 11+12/1999</p> <p>Dynamik und Nachhaltigkeit: Ausblick am Beginn eines neuen Jahrhunderts <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 1+2/2000</p> <p>Systemische Sozialarbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 3+4/2000</p> <p>Beratung als Kompetenz Sozialer Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 5+6/2000</p> <p>Innovation – Soziale Innovation unter erschwerten Bedingungen – Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 7+8/2000</p> <p>Lebenslage Pflege <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 9+10/2000</p> <p>Bürgerengagement <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 11+12/2000</p> <p>Medien <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 1+2/2001</p> <p>Kinderrechte <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 3+4/2001</p> <p>Lokale Ökonomie <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 5+6/2001</p> <p>Krisenintervention <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 7+8/2001</p> <p>Nachhaltigkeit und Qualität <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 9+10/2001</p> <p>Verantwortung der Wirtschaft Extra: Jenseits der Frauenförderung: »Gender Mainstreaming« <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 11+12/2001</p> <p>Der Allgemeine Sozialdienst <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 1/2002</p> <p>Lebensführung, Lebensbewältigung <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 2/2002</p> <p>Daseinsvorsorge Extra: Die PISA-Studie und die Bürgergesellschaft <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 3/2002</p> <p>Armut und Integration <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 4/2002</p> <p>Lebenslagen im Alter <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 5/2002</p> <p>Bürgerbeteiligung <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 6/2002</p>	<p>Bildung und Soziale Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 1/2003</p> <p>Menschen mit Behinderungen <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 2/2003</p> <p>Familienpolitik, Familienhilfe <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 3/2003</p> <p>Fachsozialarbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 4/2003</p> <p>Unternehmensführung in der Altenhilfe <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 5/2003</p> <p>Elementarerziehung <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 6/2003</p> <p>Kommunale Sozialpolitik <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 1/2004</p> <p>Case Management <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 2/2004</p> <p>Brennpunkte der Jugendhilfe <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 3/2004</p> <p>Persönliches Budget <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 4/2004</p> <p>Ambulante Pflege <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 5/2004</p> <p>Interkulturelle Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 6/2004</p> <p>Demografischer Wandel <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 1/2005</p> <p>Bildung <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 2/2005</p> <p>Bürgerengagement <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 3/2005</p> <p>Gemeindepsychiatrie <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 4/2005</p> <p>Standards Sozialer Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 5/2005</p> <p>Performanz – Wissen, was man tut, und zeigen, was man leistet <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 6/2005</p> <p>Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft <i>Blätter der Wohlfahrtspflege</i> 1/2007</p>
---	---



Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007

Der Jahresbezugspreis beträgt 58,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 29,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 11,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden bei: Nomos Verlagsgesellschaft, 76520 Baden-Baden, Telefon 07221 2104-39, Fax 07221 210443, E-Mail hohmann@nomos.de



gung in den letzten Jahren, insbesondere die neuen gesetzlichen Regelungen. Ein besonderes Anliegen der aktualisierten Arbeitshilfe ist es, allen am Rehabilitationsprozess beteiligten Personen einen

Überblick und eine Orientierungshilfe über das Gesamtkonzept der Rehabilitation und Teilhabe zu geben. Die Broschüre kann zum Selbstkostenpreis von 0,70 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer und Versandkosten bei der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation bestellt werden. Die Broschüre steht auch auf der Website der Organisation als PDF-Datei zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung (<http://www.bar-frankfurt.de>, Rubrik Arbeitshilfen).

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Walter-Kolb-Straße 9-11, 60594 Frankfurt am Main, E-Mail info@bar-frankfurt.de

Wie man die Alzheimer-Demenz erkennt

Etwa eine Million Deutsche leidet an Alzheimer-Krankheit. In 20 bis 30 Jahren wird sich nach offiziellen Schätzungen diese Zahl beinahe verdoppelt haben. Neben den behandelnden Ärzten sind vor allem Angehörige gefordert, erste Anzeichen der Alzheimer-Demenz frühzeitig zu erkennen und gemeinsam mit dem betroffenen Menschen ärztlichen Rat einzuholen. Die Alzheimer-Krankheit beginnt schleichend und fast unmerklich: Zunächst treten leichte Gedächtnisstörungen auf, die im Verlauf der Erkrankung zunehmen. Hinzu kommen Orientierungsprobleme, Sprachstörungen sowie der fortschreitende Verlust von Auffassungsgabe und Urteilsvermögen. Schließlich können Alzheimer-Patienten selbst einfachste Tätigkeiten wie das An- und Auskleiden nicht mehr selbstständig durchführen. Um bereits in einem frühen Stadium einzugreifen und damit den Krankheitsverlauf zu verzögern, ist es wichtig, erste Symptome zu erkennen und einordnen zu können. Umgangssprachlich wird Vergesslichkeit schon einmal mit »Alzheimer« bezeichnet. Doch häufig handelt es sich lediglich um eine normale Altersvergesslichkeit. An-

Spricht für Altersvergesslichkeit

Vergesslichkeit tritt nur vorübergehend auf.

Das Verlegen oder Vergessen von alltäglichen Gegenständen, wie Brille oder Geldbörse, tritt nur gelegentlich auf.

Denkt der Betroffene intensiv nach, fällt ihm das Vergessene meist wieder ein.

Der Betroffene weiß sich durch bestimmte Merkhilfen, wie beispielsweise einen Notizzettel, zu helfen.

Der Betroffene kann mündlichen oder schriftlichen Anweisungen folgen.

Der Betroffene hält seine sozialen Kontakte aufrecht.

hand einiger weniger Fragen ist es bereits möglich, diese von einer Alzheimer-Demenz abzugrenzen. Sind Betroffene und Angehörige bei der Beantwortung einzelner Fragen jedoch unsicher, sollten sie umgehend einen Arzt aufsuchen.

Mit der Broschüre »Alzheimer erkennen« will die Deutsche Seniorenliga Angehörigen und Betroffenen helfen, Warnsymptome einer Alzheimer-Erkrankung richtig zu deuten und bei Verdacht auf Alzheimer entsprechende Schritte einzuleiten.

Deutsche Senioren Liga e. V., German Seniors, Gottenstraße 164, 53175 Bonn, Telefon 0228 367-930, Fax 0228 367-9390, E-Mail bv-dsl@t-online.de, Internet <http://www.dsl-alzheimer.de>

Persönliches Budget: Kompetenzzentrum legt Übersicht vor

Das PARITÄTISCHE Kompetenzzentrum Persönliches Budget hat eine neue Datensammlung mit dem Stand der verschiedenen Modellprojekte zum Persönlichen Budget in Deutschland vorgelegt. Die systematische Dokumentation listet stichwortartig Zielgruppen, Teilnehmerzahlen, beteiligte Leistungsträger, Arten Hilfebedarfsermittlung, Methoden der Preisfindung, Ansprechpartner, Adressen und vieles andere auf. Die 43-seitige Übersicht kann von der Website des Kompetenzzentrums kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden.

PARITÄTISCHES Kompetenzzentrum Persönliches Budget, Drechslerweg 25, 55128 Mainz, Telefon 06131 93680-0, Fax 06131 9368050, E-Mail budget@paritaet.org, Internet <http://www.budget.paritaet.org>

Spricht für Alzheimer-Demenz

Die Vergesslichkeit dauert an und wird sogar zunehmend schlimmer.

Das Verlegen und Vergessen, insbesondere von wichtigen Gegenständen häuft sich.

Der Betroffene vergisst ganze Erlebnisse und kann sich trotz intensiven Nachdenkens auch später nicht daran erinnern.

Selbst Notizzettel und andere Merkhilfen nützen nicht mehr.

Der Betroffene kann mündlichen oder schriftlichen Anweisungen nicht folgen.

Häufig ziehen sich die Betroffenen aus ihrem sozialen Umfeld zurück.

22,8 Milliarden für psychische Krankheiten

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes insgesamt 234,0 Milliarden Euro für Gesundheit ausgegeben. Das entsprach 10,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Seit dem Jahr 1995 sind die Gesundheitsausgaben damit um 47,5 Milliarden Euro gestiegen. Gesundheitsausgaben fallen überall dort an, wo Patientinnen und Patienten versorgt oder Leistungen für die Gesundheitsversorgung erbracht werden. Die höchsten Kosten von 35,3 Milliarden Euro wurden durch Krankheiten des Kreislaufsystems verursacht. Es folgten Krankheiten des Verdauungssystems mit 33,3 Milliarden Euro sowie Muskel-Skelett-Erkrankungen mit 24,5 Milliarden Euro. Für psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen mussten im Jahr 2004 rund 22,8 Milliarden Euro (10%) aufgewendet werden.

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Stiftung für Seelische Gesundheit gegründet

Die Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde hat gemeinsam mit dem Antistigma-Verein *open the doors* und der Stiftung für Seelische Gesundheit ein Aktionsbündnis für Seelische Gesundheit ins Leben gerufen. Weiter beteiligen sich rund 20 Organisationen an dem bundes-

weiten Bündnis, darunter Ärztenverbände, wissenschaftliche Fachgesellschaften, Selbsthilfverbände der Betroffenen und Angehörigen sowie medizinische Kompetenznetze. Ziele des neuen Bündnisses sind die Aufklärungs- und Informationsarbeit zu psychischen Erkrankungen sowie die Umsetzung eines Programms, um der Stigmatisierung von betroffenen Menschen entgegenzuwirken, denn psychische Erkrankungen sind immer noch ein Tabu-Thema. Die Betroffenen leiden unter der Stigmatisierung, die mit einer Erkrankung einhergeht. In der öffentlichen Diskussion findet die Diskriminierung der Betroffenen bislang kaum Beachtung.

Aktionsbündnis für Seelische Gesundheit, Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Telefon 0211 922-2001, Fax 0211 922-2020, E-Mail wolfgang.gabel@uni-duesseldorf.de

Mitglieder des Bundesjugenduratoriums berufen



Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, hat die Mitglieder des Bundesjugenduratoriums berufen. Die Einrichtung ist ein

unabhängiges Gremium, das selbstständig Empfehlungen und Stellungnahmen erarbeitet, die es der Bundesregierung zu leitet. Dem Kuratorium gehören 15 Sachverständige aus Wissenschaft, Politik und Verbänden an, die in jeder Legislaturperiode durch die Bundesfamilienministerin berufen werden. In seiner konstituierenden Sitzung wählte das Bundesjugendkuratorium Dr. Claudia Lücking-Michel (Sekretärin des Cusanuswerkes und Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken; siehe Foto) zur Vorsitzenden; Monika Lohr (Kreisdirektorin des Rhein-Sieg-Kreises), Prof. Joachim Merchel (Hochschullehrer Professor für Verwaltung und Organisation an der Fachhochschule Münster) und Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu (Hochschullehrer für Interkulturelle Bildung an der Universität Bremen) wurden als stellvertretende Vorsitzende bestimmt. Die weiteren Mit-

Termine

Die Finanzierung der Betreuungstätigkeit unter Berücksichtigung der gesetzlichen Neuregelungen. 16. April 2007 in Berlin. Teilnahmegebühr 105,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail info@kbw.de, Internet <http://www.kbw.de>



Europa sozial managen. Werte, Wettbewerb, Finanzen. 5. Kongress der Sozialwirtschaft. 26. und 27. April 2007 in Magdeburg. Kongress der Sozialwirtschaft, Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Telefon 0228 6685-0, Fax 0228 6685-211, E-Mail sozkon@awobu.awo.org, Internet <http://www.kongress-der-sozialwirtschaft.de>

Soziale Arbeit und Beratung zwischen Freiwilligkeit und Zwangskontext. 26. und 27. April 2007 in Düsseldorf. Kursgebühr 180,- Euro. Kaiserswerther Diakonie, Institut für Fort- und Weiterbildung, Alte Landstraße 179, 40489 Düsseldorf, Telefon 0211 409-2592, E-Mail kws@kaiserswerther-diakonie.de, Internet <http://www.kaiserswerther-seminare.de>

Schutz von Kindern vor Misshandlung und Vernachlässigung. Wirksame Frühwarnsysteme und Interventionskonzepte. 7. bis 9. Mai 2007 in Steinbach (bei Frankfurt am Main). Veranstaltungskosten 116,- Euro, Tagungsstättenkosten 163,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, Fax 030 62980150, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Coaching in der Sozialen Arbeit. Berufsbegleitende Weiterbildung für Gesundheits- und Sozialberufe. Erster Termin: 14. bis 16. Mai 2007, zweiter Termin: 12. bis 14. November 2007 in Münster. Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen, Weiterbildung, Hüfferstraße 27, 48149 Münster, Telefon 0251 83-656720, Fax 0251 83-65722, E-Mail weiterbildung@fh-muenster.de, Internet <http://www.fh-muenster.de/fb10/weiterbildung.htm>

Datenschutz in sozialen Einrichtungen. Einführung in rechtliche Grundlagen und technische Maßnahmen. 15. und 16. Mai 2007 in Augsburg. Teilnahmegebühr 300,- Euro ohne Unterkunft und Verpflegung. Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes e. V., Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200-538, Fax 0761 200-199, E-Mail akademie@caritas.de, Internet <http://www.fak.caritas.de>

Gemeinwesenzentren als Horte der Nachbarschaft. 21. bis 24. Mai 2007 in Gelnhausen. Teilnahmebeitrag inkl. Unterkunft im Einzelzimmer und Verpflegung: 315,- Euro. Burckhardthaus e. V., Herzbachweg 2, 63571 Gelnhausen, Telefon 06051 89225, Fax 06051 89240, E-Mail r.herrgen@burckhardthaus.de, Internet <http://www.burckhardthaus.de>

Forum Quartiermanagement. Interdisziplinäre Fortbildung für Quartiersakteure zur Aktivierung von Nachbarschaften und Projektentwicklung vor Ort. 30. Mai bis 1. Juni 2007. Teilnahmebeitrag inkl. Unterkunft im Einzelzimmer und Verpflegung: 250,- Euro. Burckhardthaus e. V., Herzbachweg 2, 63571

Gelnhausen, Telefon 06051 89225, Fax 06051 89240, E-Mail r.herrgen@burckhardthaus.de, Internet <http://www.burckhardthaus.de>

Förderung: Von der Idee zum Antrag – Projektanträge konzipieren. 19. bis 21. Juni 2007 in Remagen-Rolandseck. Teilnahmebeitrag 200,- Euro. AWO-Akademie Helene Simon, Postfach 41 01 63, 53023 Bonn, Telefon 0228 6685-142, Fax 0228 6685211, E-Mail akademie@awobu.awo.org, Internet <http://www.awo.org>

Die Auswirkungen von Hartz IV auf die Schuldner- und Insolvenzberatung - Existenzsicherung und Budgetplanung. 20. Juni 2007 in Berlin. Teilnahmegebühr 105,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail info@kbw.de, Internet <http://www.kbw.de>

3. Bundestagung Heimerziehung: Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten. Heimerziehung und Bildung. 24. bis 26. September 2007 in Tübingen. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Telefon 069 633986-0, Fax 069 63398625, E-Mail igfh@igfh.de, Internet <http://www.igfh.de>

glieder des neuen Bundesjugendkuratoriums sind: Petra Betz (Bürgermeisterin der Stadt Regensburg), Dr. Barbara Dorn (Abteilungsleiterin Bildung/Berufliche Bildung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Dr. Christof Eichert (Leiter des Themenfeldes Bildung bei der Bertelsmann-Stiftung), Christiane von Freeden (stellvertretende Vorsitzende des Ganztagschulverbandes GGT e. V.), Benjamin Gesing (Projektleiter Servicestelle Jugendbeteiligung), Prof. Dr. Franz Hamburger, (Hochschullehrer für Sozialpädagogik an der Universität Mainz), Uwe Lübking, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Prof. Dr. Thomas Olk (Hochschullehrer für Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Universität Halle-Wittenberg), Detlev Raabe (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings), Martina Reinhardt (Leiterin des Referates Jugendpolitik im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit), Klaus Waldmann (Bundestutor Evangelischen Akademien in Deutschland und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland).

Internet <http://www.bundesjugendkuratorium.de>

Internationale Jugendaktionen: Projektträger gesucht

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) organisieren in Deutschland jährlich über 120 Workcamps für junge Leute aus aller Welt. Eine Gruppe von 15 jungen Menschen zwischen 16 und 26 Jahren arbeitet 25 Stunden in der Woche in einem gemeinnützigen Projekt. Die rund dreiwöchigen Projekte finden in der Regel zwischen Juni und September statt. Für 2007 suchen die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste noch geeignete Projektträger, beispielsweise in der Landschaftspflege, im Naturschutz, bei Ferienspielfeldaktionen oder im Spielplatzbau. Der Projektträgerbeitrag beträgt pro Teilnehmer für drei Wochen zwischen 175 und 395 Euro, je nachdem, ob Unterkunft und Verpflegung gestellt werden kann.

Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste Bundesverein, Kasernenstraße 48, 53111 Bonn, Telefon 0228 22800-0, Fax 0228 22800-10 oder -29, E-Mail ijgd.bonn@bonn.ijgd.de, Internet <http://www.ijgd.de>

Baden-Württemberg: Neustart für die Bewährungs- und Gerichtshilfe

Die österreichische Organisation Neustart gGmbH hat den Zuschlag für die Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg erhalten. Neustart ist bereits seit Januar 2005 in den Bezirken Stuttgart und Tübingen mit dem Pilotprojekt befasst und hat nach Abschluss der öffentlichen Ausschreibung ein Angebot vorgelegt, auf dessen Grundlage der Zuschlag erteilt werden soll. Die Bewährungs- und Gerichtshilfe sei keine zwingend hoheitliche Tätigkeit, sie sei »Sozialarbeit von Mensch zu Mensch«, erklärte dazu der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP). Diese Aufgabe könnten Ehrenamtliche unter Anleitung eines freien Trägers wie Neustart genauso gut oder sogar besser leisten. Der Vertrag mit Neustart soll zunächst auf zehn Jahre abgeschlossen werden. Beide Seiten haben ein Sonderkündigungsrecht nach frühestens fünf Jahren. Goll erwartet eine mittelfristige Effizienzrendite für den Landeshaushalt in Höhe von etwa zehn Prozent der Vollkosten. Informationen zu dem Pilotprojekt gibt es auf der Website von Neustart: http://www.neustart.org/ueber_neustart_baden-wuerttemberg.php.

Justizministerium Baden-Württemberg, Schillerplatz 4, 70173 Stuttgart, Telefon 0711 279-0, E-Mail info@jum.bwl.de, Internet <http://www.jum.bwl.de>

Situationsanalyse und Maßnahmen zur Prävention von Verkehrsunfällen bei Kindern in Deutschland



»Null Verkehrstote« sind das erklärte verkehrspolitische Ziel einiger europäischer Länder wie Schweden, Großbritannien und der Niederlande. Das sollte auch in Deutschland selbstverständlich sein, fordern Wissenschaftler der Technischen Universität Berlin. Doch im deutschen Straßenverkehr verunglücken jährlich mehr als 40.000 Kinder, 208 davon tödlich. In einer Situationsanalyse zur Datenlage von Verkehrssicherheitsmaßnahmen für Kinder stellten die Wissenschaftler fest, dass das Risiko zu verunglücken in den vergangenen Jahren eher noch gestiegen ist, obwohl die Bundesregierung das Gegenteil berichtet. Das Problem sei die fehlende systematische Auswertung der Verkehrsunfalldaten und die Umsetzung der

wissenschaftlichen Empfehlungen zur Unfallvermeidung in der Verkehrspolitik. Neben dem Leid für die Betroffenen, verursacht die hohe Zahl der verunglückten Kinder auch eine große Angst von Eltern um die Sicherheit ihrer Kinder auf der Straße. Familien passen ihr Verhalten an – mit erheblichen psychosozialen Auswirkungen. Kinder werden mehr transportiert, kontrolliert und begleitet.

Eine Analyse von Ute Dorschner, Manja Lippold und Christian Gericke vom Fachgebiet Management im Gesundheitswesen der TU Berlin legt eine Basis für die Überprüfung der Effizienz der deutschen Verkehrspolitik. Zugrunde gelegt wurden die Daten zwischen 1990 und 2005 zu Verkehrsunfällen von Kindern in Deutschland. Zusätzlich wurden Studien zu ausgewählten Bereichen wie Verkehrserziehung, Schutzausrüstung, Bau und Raum, Überwachung und Regulation sowie psychologische und soziale Aspekte recherchiert und dem aktuellen Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung gegenübergestellt.

Maßnahmen zur Verkehrssicherheit bleiben danach Einzelmaßnahmen. Beispiele sind Anzeigetafeln zum Einhalten der Geschwindigkeit in Tempo-30-Zonen, die eine positive Wirkung auf das Fahrverhalten haben oder Aufklärungsmaßnahmen, die nachweislich Fahrer motivieren, zum Schutz von Schulkindern am Vormittag die Geschwindigkeit zu reduzieren.

Das Diskussionspapier »Situationsanalyse und Maßnahmen zur Prävention von Verkehrsunfällen bei Kindern in Deutschland: Evidenzbasierte Verkehrspolitik in Deutschland?« wird herausgegeben von der Fakultät VIII Wirtschaft und Management der TU Berlin (ISSN 0944-7741).

Dr. Christian Gericke, Technische Universität Berlin, Fachgebiet Management im Gesundheitswesen, WHO Collaborating Centre for Health Systems Research and Management, Telefon 030 314-29240, E-Mail christian.gericke@tu-berlin.de, Internet <http://img.tu-berlin.de>

Führungsakademie für Kirche und Diakonie gegründet

Als gemeinnützige Aktiengesellschaft wurde in Frankfurt am Main die Führungsakademie für Kirche und Diakonie gegründet. Die 26 Aktionäre haben sich zusammengeschlossen, um Führungs-



kräfte für Kirche und Diakonie zu qualifizieren.

Hauptaktionär ist die Bundesakademie für Kirche und Diakonie gGmbH, die ihren bisherigen Arbeitsbereich »Führungsakademie« in die neue Organisation überträgt. Durch die Bundesakademie sind die Diakonische Werk der EKD und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) an der neuen Gesellschaft maßgeblich beteiligt. Weitere Aktien im Nennwert von jeweils 25.000 Euro halten verschiedene diakonische Unternehmen in Deutschland. Aktionäre sind auch die Diakonie Österreichs, die Bank für Kirche und Diakonie, die Ecclesia-Versicherungsgruppe und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON.

Angeboten werden eine Weiterbildung in Sozialmanagement, ein Controlling-Kurs mit Diplomabschluss in Kooperation mit der Wirtschaftsuniversität Wien, ein Health-Care Programm in Zusammenarbeit mit der Universität St. Gallen sowie weitere Intensivseminare zu theologischen und ökonomischen Fragen. Im nächsten Jahr startet ein modularisiertes Angebot für die Leitung von Kirchenkreisen, zum Beispiel für Superintendenten und Dekane. In Planung ist ein europaweit ausgerichtetes Executive MBA-Programm.

Aufsichtsratsvorsitzender der Führungsakademie wird der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik (Foto), der Bildung zu einem Schwerpunkt seiner Amtsführung erklärt hat. Sitz der neuen Gesellschaft wird Berlin sein.

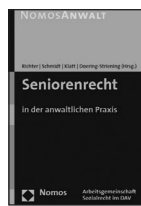
Internet <http://www.diakonie.de>

»Soziale Verantwortung« wird genormt



Seit dem Jahr 2002 arbeitet die »International Organization for Standardisation« (ISO) an allgemeingültigen Leitlinien zur sozialen Verantwortung von Unternehmen und anderen Or-

Neue Bücher



Ronald Richter, Bettina Schmidt, Michael Klatt, Gudrun Doering-Striening (Hg.): Seniorenrecht in der anwaltlichen Praxis. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006. 293 Seiten., 39,- Euro. ISBN 3-8329-1817-5.

Der demografische Wandel macht sich auch in der Beratungspraxis bemerkbar: Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Altern gewinnen überall an Bedeutung. Das neue Werk führt die verstreuten gesetzlichen Regelungen zusammen und liefert damit der Praxis die bisher fehlende Gesamtdarstellung. Der Band greift die wichtigsten Beratungsthemen auf und behandelt zahlreiche Rechtsprobleme, die sich typischerweise in fortgeschrittenem Lebensalter stellen. Schwerpunkte der Darstellung sind der Unterhaltsregress, die Grundzüge des SGB II, das Heimrecht und die Finanzierung der Pflege, die Möglichkeiten der Vorsorge für das Alter (Vorsorgevollmacht), die Patientenverfügung, die arbeits- und sozialrechtliche Beratung beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, die Sozialhilfe (SGB XII) und die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Übertragung von Vermögen auf die nachfolgende Generation. Die Herausgeber wenden sich vorwiegend an Rechtsanwälte als Leser, doch können sicherlich auch Fach- und Führungskräfte in der Sozialen Arbeit großen Nutzen aus diesem Buch ziehen.



Arbeitslosenprojekt TuWas (Hg.): Leitfaden für Arbeitslose. Der Rechtsratgeber zum SGB III. 23. Auflage. Fachhochschulverlag, Frankfurt am Main 2006. 622 Seiten. 11,- Euro. ISBN 3-936065-69-1.

Die Diskussionen um SGB II (»Hartz IV«) haben in den Hintergrund gedrängt, dass sich auch für die Bezieher von Arbeitslosengeld I viel geändert hat. Beispielsweise wurde die Pflicht zur Arbeitsuche neu geregelt: Wer sich nicht rechtzeitig arbeitsuchend meldet, muss mit einer Sperrzeit rechnen. Weiter treffen die Verkürzung der Rahmenfristen und insbesondere die Verkürzung der Arbeitslosengeld I-Bezugsdauer viele Arbeitslosen hart, denn sie müssen jetzt früher Arbeitslosengeld II beantragen oder von ihrem Ersparnissen leben. Die Verlängerung der Anwartschaftszeit für Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen erschwert es diesen, überhaupt noch einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu erwerben. Alle Neuerungen werden in der 23. Auflage des »Leitfaden für Arbeitslose« ausführlich behandelt.



Doris Arens, Ellen Görgen: Eltern-Kind-Behandlung in der Psychiatrie. Ein Konzept für die stationäre Pflege. Psychiatrie-Verlag, Bonn 2006. 150 Seiten. 19,90 Euro. ISBN 3-88414-399-9.

Die beiden Autorinnen stellen eine in Deutschland sich langsam etablierende Behandlungsform: die gemeinsame psychiatrische Behandlung von Eltern und Kind bei einer akuten Erkrankung eines Elternteils. Nach einem theoretischen Teil, der die Grundlagen der Eltern-Kind-Beziehung verständlich macht, folgen mehrere Kapitel, in denen sie das Konzept im stationären Umfeld beschreiben: Setting der Eltern-Kind-Station, Zusammenarbeit mit Institutionen, integrative Eltern-Kind-Beratung, Erfahrungen mit bestimmten Problemen und Störungen. Die Autorinnen möchten insbesondere die Fachkräfte dafür sensibilisieren, wie wichtiger Engagement bei der Behandlungsform ist und wie groß ihr Handlungsspielraum. Sie legen überzeugend dar, dass die Eltern-Kind-Behandlung einer erneuten Erkrankung der Eltern vorbeugt, eine stabilisierende Wirkung hat und nicht zuletzt zur Förderung und positiven Entwicklung der Kinder beiträgt.



Spatscheck, Christian: Soziale Arbeit und Jugendkulturen. Jugendarbeit und die Dialektik von Herrschaft und Emanzipation im Kontext des systemtheoretischen Paradigmas der Sozialen Arbeit. Tectum Verlag, Marburg 2006. 332 Seiten, 34,90 Euro. ISBN 3-8288-8991-3.

Soziale Arbeit handelt in einer fortwährenden Dialektik von Herrschaft und Emanzipation. Im Kontext einer neoliberal geprägten Ökonomisierung der Sozialen entstehen neue Ausprägungen dieser Dialektik, die beim Kontakt von Jugendarbeit und Jugendkulturen besonders deutlich werden. Durch eine Orientierung am systemtheoretischen Paradigma der Sozialen Arbeit werden in diesem Buch Perspektiven für den fachlichen Umgang mit diesen Herausforderungen aufgezeigt. Im Konzept einer Sozialen Arbeit als bedürfnisorientierte Menschenrechtsprofession lassen sich hier innovative Potenziale finden. Die verschiedenen Jugendkulturen seit Beginn des 20. Jahrhunderts werden als ästhetisch-kulturelle Systeme mit ihren Merkmalen und Funktionen umfassend beschrieben. Dabei wird anschaulich, welche Funktionen sie übernehmen und welche Chancen und Risiken sie für Jugendliche bieten. Am Beispiel des englischen Jugendmusikprojektes 2Sound Live« wird deutlich, wie ein aktives Konzept der Jugendarbeit praktisch umsetzbar wird und welche Qualitätsmerkmale dabei relevant werden.

ganisationen. Die ISO hat nun eine 16-seitige Broschüre veröffentlicht, in der die bisherigen Ergebnisse der Arbeit beschrieben sind. Zudem werden in der Information »Participation in the future International Standard 26000 on Social Responsibility« Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Weiterentwicklung des Standards beeinflusst werden kann.

International Organization for Standardization (ISO), 1, rue de Varembe, Case postale 56, 1211 Genf, Schweiz, Telefon +41 22 7490111, Fax +41 22 7333430, Internet <http://www.iso.org>

Fachhochschule Tirol bietet Master-Studiengang an



Die Akademie für Weiterbildung der Fachhochschule KufsteinTirol bietet ab Frühjahr 2007 den Master-Lehrgang »European NGO Management« an. Der Lehrgang soll eine fundierte Fach- und Führungskräfteausbildung bieten für die Leitung von Europäischen Non Governmental Organisations und Non-Profit-Organisationen mit hohem Praxisbezug durch Vertiefungsmodulen und auch englischsprachigen Fachlehrveranstaltungen. Nach vier Semestern schließt er mit dem akademischen Grad »Master of Science in European NGO Management (MSc.)« ab. Zielsetzung ist es, eine fundierte Wirtschafts- und Managementausbildung zu vermitteln, die spezifisch auf die Bedürfnisse der Non-Profit-Organisationen abgestimmt ist. Mögliche Spezialisierungen sind: Bildung, Disaster Management, Entwicklungsarbeit, Kinder und Jugend, Pflege, Rettungsdienst. Das Teilnahmeentgelt beträgt 3.190 Euro zuzüglich 20 Prozent Mehrwertsteuer pro Semester. Teilnehmer aus den Partnerorganisationen Österreichisches Rotes Kreuz, Bayerisches Rotes Kreuz und Weißes Kreuz

Rezension »Liebe, Macht, Erkenntnis«



Ein ungewöhnliches, vielseitiges neues Werk wird die Soziale Arbeit bereichern. Einerseits finden sich darin eine Reihe von Artikeln zu professionellen Methoden und Theorien Sozialer Arbeit und aktuellen Diskussionsansätzen. Andererseits wird die Bedeutung von politischem und ethischem Engagement in der Sozialen Arbeit aufgezeigt.

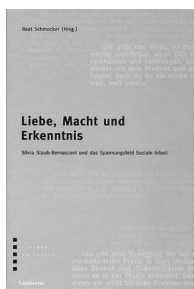
Doch der Ausgangs- und Mittelpunkt dieser Veröffentlichung stellt das bisherige Lebenswerk von Silvia Staub-Bernasconi (Foto) dar. Anlässlich ihres 70. Geburtstages trugen, von Beat Schmocker verdienstvollerweise koordiniert, Fachkolleginnen und Fachkollegen (nur einige können hier erwähnt werden) dazu bei, ihre Berufsbiografie, ihre professionsspezifischen Beiträge und ihr Engagement, Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession zu verstehen, in einem »Lesebuch« zu würdigen.

So kann dieses Buch Spuren offen legen, die Silvia Staub-Bernasconi als Pionierin, als Praktikerin, als Theoretikerin, als Wissenschaftlerin in die Soziale Arbeit gelegt hat. Eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Beiträge sprengt den Rahmen einer Rezension. Auf jeden Fall liegt ein Fachbuch vor, das bei Studierenden, Praktikern, Kollegen an den Hochschulen gleichermaßen Interesse finden könnte.

Zum Beispiel zeichnen Ernst Engelke und Manuela Leideritz einen der jüngsten Beiträge von Silvia Staub-Bernasconi nach, das Kerncurriculum für Bachelor- und Master-Studiengänge der Sozialen Arbeit, das den grundlegenden Wandel im Ausbildungsgeschehen fachlich begleitet. Mit einer kritischen Auseinandersetzung ihres systemtheoretischen Ansatzes kommt Juliane Sagebiel zu Wort. Die Antwort folgt quasi direkt durch Werner Obrecht über das systemtheoretische Paradigma, an dem er zusammen mit Silvia Staub-Bernasconi (und anderen) lange gearbeitet hat. Ebenso in dieser Linie steht der Beitrag von Kaspar Geiser, der die Systemische Denkfigur von Silvia Staub-Bernasconi weiterentwickelt hat.

Kritik an ihren theoretischen und konzeptionellen Gedanken spornte sie eher an, noch mehr die Diskussion zuzuspitzen und Kernfragen der Sozialen Arbeit anzuschneiden, wie zum Beispiel über das Thema Macht und dem Begriffspaar »Behinderungsmacht« und »Begrenzungsmacht«. Auch dieser Teil führt in die Diskussion um die Bedeutung einer Sozialarbeitswissenschaft von Petra Gregusch und anderen als weiteren Kernteil des Buches gestaltet. Womit gleichzeitig das nächste Kapitel eingeleitet wird zum Theorie-Praxis-Verhältnis und der Profession. Autorinnen und Autoren wie Maja Heiner, Hiltrud von Spiegel, Peter Sommerfeld und Rita Sahle greifen nicht nur in diesem Werk Gedankengut von Silvia Staub-Bernasconi auf, sondern begleiteten sie über längere Strecken in der Fachdiskussion insbesondere das methodische Handeln betreffend.

Der Reigen fachlicher Beiträge schließt sich mit einer politischen Diskussion um Menschenrechte und die berufsethischen Herausforderungen in der Sozialen Arbeit. »Liebe, Macht, Erkenntnis« — ein ungewöhnlicher Titel für ein Fachbuch der Sozialen Arbeit. Doch er trifft die Aussagekraft, die Relevanz und das Engagement für die Soziale Arbeit von Silvia Staub-Bernasconi. Profession und Disziplin profitieren in außergewöhnlicher Weise von ihrem bisherigen Werk. Das Buch lädt dazu ein zu stöbern, zu diskutieren, weiterzuformulieren, Perspektiven für die Soziale Arbeit zu konkretisieren.



Prof. Dr. Manfred Neuffer

Leiter des Studiendepartements Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

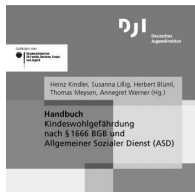
Beat Schmocker (Hg.): Liebe, Macht und Erkenntnis. Silvia Staub-Bernasconi und das Spannungsfeld Soziale Arbeit. Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau 2006, 576 Seiten. 32,- Euro. ISBN 3-7841-1624-8.

Südtirol sowie Deutsches Rotes Kreuz und Schweizer Rotes Kreuz erhalten eine Ermäßigung auf das Teilnahmeentgelt.

Fachhochschule KufsteinTirol Bildungs-GmbH, Andreas Hofer Straße 7, 6330 Kufstein, Österreich, Telefon +43 5372 71819, Fax +43 5372 71819-104, E-Mail info@fh-kufstein.ac.at, Internet <http://www.fh-kufstein.ac.at> ♦

Handbuch zur Kindeswohlgefährdung vorgestellt

Das Deutsche Jugendinstitut hat ein »Handbuch Kindeswohlgefährdung« veröffentlicht. Was ist unter psychischer Misshandlung zu verstehen? Wie ist mit der Meldung einer Kindeswohlgefährdung umzugehen? Welche Einschätzungsaufgaben stellen sich in Gefährdungsfällen? Entlang solcher und anderer konkreter Frage-



stellungen entwickelt sich das »Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)«, das im Auftrag des

Bundesministeriums für Familie, senioren, Frauen und Jugend erstellt wurde. Ziel des Projekt ist es, insbesondere die Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes in ihrer Tätigkeit in Gefährdungsfällen zu unterstützen und zugleich die Bearbeitungspraxis weiter zu entwickeln. Das Handbuch bietet Fachkräften auf mehr als 900 Seiten praktische und zugleich wissenschaftlich fundierte Hinweise für eine verbesserte Einschätzung und Handlungssicherheit bei ihrer Arbeit. Neben einer Druckversion zum Download kann das Handbuch auch in einer elektronischen Version bestellt werden (Internet http://213.133.108.158/asd/ASD_Inhalt.htm). Parallel sollen durch ein datenbankgestütztes Computerprogramm im Einzelfall anwendbare Module zur Falldokumentation und Gestaltung, sowie zur Gefährdungseinschätzung zur Verfügung gestellt werden. Die Datenbank befindet sich derzeit in einer Beta-Version online. Auf die Weiterentwicklung der Fachdiskussion zielen weitere Publikationen und Workshops. Das Handbuch will damit einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung der Arbeit von Jugendämtern, Familiengerichten, der freien Wohlfahrts- pflege und von Hochschulen zum Kinderschutz liefern.

Deutsches Jugendinstitut e. V., Nockherstraße 2, 81541 München, Telefon 089 62306 0, Fax 089 62306 162, E-Mail info@dji.de, Internet <http://www.dji.de>

Kennzahlen

Verlief die Verständigung zwischen Politik und Sozialarbeit früher über Sprache, so sind jetzt Zahlen und Kennziffern gefragt.

Hejo Manderscheid, Direktor des Diözesancaritasverbandes Limburg e. V.

33.700

Durchschnittliches Nettoeinkommen in Euro eines privaten Haushalts in Deutschland im Jahr 2005

629.480

Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (nach SGB XII) in Deutschland im Jahre 2005

3.371

Durchschnittlichen Behandlungskosten in Euro je Krankenhausfall im Jahr 2005 in Deutschland

214

Betrag in Euro, der in Deutschland im Jahre 2005 rechnerisch je Einwohner für die Sozialhilfe ausgegeben wurde

197

Durchschnittliche Gesamtausgaben in Euro der privaten Haushalte in Deutschland für Nahrungsmittel im Monat (Der Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte ist damit von 29% im Jahre 1962 auf knapp 9% zurückgegangen.)

8,50

Durchschnittlicher Handelseinkaufspreis in Euro für ein Paar Schuhe aus China und Vietnam

16

»Armutsrisikoquote« in Prozent im Jahre 2004 für Deutschland (Vergleich: Schweden 11 %, Irland 21 %. Der Wert zählt die Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze nach Sozialtransfers; Armutsgrenze definiert als 60 % des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens.)